



Sessionsbericht Grosser Rat

Augustsession 2009 (26. bis 29. August 2009)

Höhepunkt dieser Session war die Wahl unseres früheren Parteipräsidenten Christian Rathgeb zum Landespräsident von Graubünden. Er wurde mit 111 Stimmen glanzvoll gewählt. Zur Vizepräsidentin mit einem ebenfalls sehr guten Resultat von 98 Stimmen wurde Christine Bucher-Brini gewählt.

Doch vor der Landespräsidentenfeier waren noch fünf Sachgeschäfte und 33 Vorstösse zu behandeln. Leider musste sich unser Präsident, **Michael Pfäffli** kurz vor Sessionsbeginn mit einer ernstesten bakteriologischen Infektion in Spitalpflege begeben. Wir durften jedoch erfreut zur Kenntnis nehmen, dass Michael sich zwischenzeitlich wieder auf dem Weg der Besserung befindet. Zu grosser Freude Anlass gab hingegen die Kunde von der Geburt von **Loren**, Tochter von **Chantal und Urs Marti**, welche just zu Sessionsbeginn unsere grosse FDP-Familie bereicherte. Für FDP-Nachwuchs ist also gesorgt.

Investitionsbeitrag an das Fernwärme-Versorgungsnetz KVA Trimmis – Chur Nord

Eine Interessengemeinschaft aus GEVAG, IBC und Kantonsspital plant eine Fernwärmeleitung von der Kehrichtverbrennungsanlage in Trimmis nach Chur, mit dem Ziel, Gebäude des Kantonsspitals und der Kantonsschule sowie weitere Liegenschaften des Kantons im Norden der Stadt Chur mit Wärmeenergie zu versorgen. Damit lassen sich pro Jahr rund 4 Millionen Liter Heizöl ersetzen. Der Grosse Rat erachtete einen Kantonsanteil von 3,7 Millionen Franken an die Gesamtkosten von rund 27 Millionen als gerechtfertigt und sprach diesen Beitrag einstimmig, einerseits als direkt umsetzbare Stabilisierungsmassnahme in der aktuellen Konjunkturschwäche und andererseits als wichtiges Zeichen für den Umstieg von fossilen Energieträgern auf alternative Energien.

Erwerb des Grossratsgebäudes

Vor allem aus dem Umstand heraus, dass der Kanton als Mieter des Grossratsgebäudes bereits heute teilweise Eigentümerpflichten wahrnehmen muss und auf eigene Kosten diverse nicht unerhebliche mieterspezifische Einrichtungen erstellt hat, drängt sich ein Erwerb dieses Gebäudes direkt auf. Der Kaufpreis von 8,6 Millionen Franken scheint auf den ersten Blick hoch. Wenn man sich jedoch vorstellt, dass der Mietvertrag mit der Gebäudeversicherung Graubünden noch 28 Jahre läuft und der jährliche Mietzins über 500'000 Franken beträgt, erkennt man rasch, dass dieser Preis durchaus gerechtfertigt ist. Auch diesem Geschäft stimmte der Grosse Rat nach kurzer Diskussion zu.

Justizvollzugsgesetz

Auch dieses Sachgeschäft, welches unter dem Präsidium von **FDP-Grossrat Ruedi Kunz** vorberaten worden war, wurde ohne grössere Grundsatzdiskussionen durchberaten. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um Anpassungen im Kantonalen Recht an die auf 2011 in Kraft tretende neue Schweizerische Strafprozessordnung und die Schweizerische Jugendstrafprozessordnung. Gleichzeitig wurden bestehende Gesetzeslücken geschlossen. Neu verzichtet der Kanton, ganz im Geiste des Neuen Finanzausgleichs NFA, auf eine Kostenbeteiligung der Gemeinden am stationären strafrechtlichen Massnahmenvollzug.

Teilrevision des Gesetzes über die Krankenversicherung und die Prämienverbilligung

Inhalt dieser Teilrevision ist die Einführung eines Mammographie-Screening-Programms zur Früherkennung von Brustkrebs. Das bisher nur auf Empfehlung des Arztes durchgeführte Screening soll neu auf freiwilliger Basis auf alle 50 bis 70-jährigen Frauen ausgedehnt werden, und zwar über persönliche Einladung alle zwei Jahre. Auch dieses Geschäft wurde von den Ratsmitgliedern mit grosser Mehrheit gutgeheissen.

Bericht "Vote électronique im Kanton Graubünden"

Durch die ständig zunehmende Mobilität des modernen Menschen und der steten Zunahme von Auslandschweizern steigt auch bei uns der Druck, die elektronische Stimmabgabe einzuführen. Gemäss obigem Bericht hat die Regierung beschlossen, zusammen mit sieben Nachbarkantonen ein System zu testen, bei welchem wesentliche Vorarbeiten durch den Kanton Zürich, in Zusammenarbeit mit dem Bund, getätigt wurden. Da der Bedarf klar ausgewiesen ist und ein Alleingang jenseits aller finanziellen Möglichkeiten liegt, nahm der Grosse Rat in zustimmendem Sinne Kenntnis von diesem Bericht.



Aufsichtsbeschwerde Flughafen Samedan

Der Grosse Rat hat den Bericht der Geschäftsprüfung zu obiger Beschwerde zur Kenntnis genommen und ist dem Antrag vollumfänglich gefolgt. Als Aufsichtsinstanz über die Regierung hatte sich der Grosse Rat im Sinne einer parlamentarischen Kontrolle mit der Beschwerde zu befassen und insbesondere zu prüfen, ob ein aufsichtsrechtlich relevanter Tatbestand vorliegt. Dies wurde vollumfänglich verneint, da das Flughafengelände Samedan seit dem Kauf durch den Kanton im Jahr 2003 korrekt und rechtmässig dem Finanzvermögen zugeordnet ist und der Grosse Rat deshalb aufgrund des Gewaltenteilungsgrundsatzes weder eine direkte Eingriffsmöglichkeit noch ein Recht zu Weisungen an die der parlamentarischen Kontrolle unterliegenden Organe hat.

Vorstösse

Aus den Reihen der FDP wurden 3 Aufträge und 3 Anfragen zu folgenden Themen behandelt:

Auftrag Wettstein betreffend Einführung von HRM2

Hierbei handelt es sich um die Weiterentwicklung der Rechnungslegung der öffentlichen Hand. Peter Wettstein zeigte sich mit der Antwort der Regierung zufrieden und der Auftrag wurde diskussionslos überwiesen.

Auftrag Feltscher betreffend Energieeffizienz als Wirtschaftsmotor

Auch Markus Feltscher war mit der Antwort der Regierung zufrieden, welche feststellte, dass die Stossrichtung des Auftrages absolut im Einklang mit der Regierung stünde, womit auch dieser Vorstoss die Überweisungshürde mit Bravour schaffte.

Auftrag Pfäffli betreffend Innovationsartikel für Akutspitäler

Hier geht es im Wesentlichen darum, Spitälern die mitunter teure Vorfinanzierung neuer medizinischer Geräte zu ersparen, weil sonst die Gefahr besteht, dass Geräte nicht angeschafft werden (können) und Patienten zu besser ausgestatteten Spitälern im Unterland abwandern könnten.

Dieser Auftrag gab länger zu reden, da verschiedene Philosophien aufeinanderprallten. Nämlich die Meinung derjenigen, welche befürchteten, dass alles noch viel teurer würde, und jenen, welche im Geiste des Unternehmertums (FDP) dafür plädierten, unsere Spitäler konkurrenzfähig zu erhalten, da diese halt eben in Konkurrenz zu Spitälern anderer Kantone stehen.

Die Überweisung erfolgte dann jedoch dank starker Argumentation vor allem aus der Mitte der FDP (Gesundheitspolitiker Nick) mit einer klaren Mehrheit.

Fraktionsanfrage FDP mit Erstunterzeichner Nick betreffend den künftigen Umgang der Regierung mit potenzialarmen Räumen. Mit der Beantwortung zeigte sich Reto Nick nicht zufrieden, und es ist damit zu rechnen, dass auf diese Anfrage noch ein Auftrag mit klaren Vorgaben folgen wird.

Die Antworten der Regierung auf die **Anfragen Marti (betreffend Nutzungsstruktur kantonseigener Immobilien)**, und **Kessler (betreffend Pauschalbesteuerung)** befriedigten die Anfragenden vollumfänglich. Die in der Anfrage Marti gestellten Fragen drehten sich beispielsweise darum, dass sich die historisch gewachsenen Individuallösungen im Lichte von GRiforma nicht mehr ganz up to date präsentierten und die kantonseigenen Immobilien vermehrt als Profitcenter mit eigener Wirtschaftlichkeitsrechnung zu bewirtschaften seien. Dem stimmte die Regierung vollständig zu und stellte im Zusammenhang mit der Botschaft über ein neues Verwaltungsgebäude entsprechende Antworten und Analysen in Aussicht.

Über die Pauschalbesteuerung wurde intensiv diskutiert, insbesondere auch weil zum selben Thema noch eine Anfrage der SP (Jäger) sowie eine parlamentarische Initiative (Peyer / Abschaffung der Pauschalsteuer) zur Diskussion standen. Zum Abschluss dieser Debatte wurde die parlamentarische Initiative zur Abschaffung der Pauschalsteuer mit grosser Mehrheit abgelehnt.

Heinz Kessler, Davos 30.08.2009